Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile

Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband

Band: 46 (1999)

Heft: 5

Rubrik: Kantone = Cantons

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 25.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch



BERN

Ist das Gesetz über ausserordentliche Lagen Männersache?

Frau und **Sicherheitspolitik**

KS. Das neue Gesetz über ausserordentliche Lagen (ALG) stand im Mittelpunkt der Podiumsdiskussion am 6. SIFRA-Abend in Bern.

Unter der Leitung von Marie-Pierre Walliser, Mitglied des Rates für Gesamtverteidigung, diskutierten Grossratspräsidentin Ursula Haller, Grossrätin Regula Rytz sowie der Ausbildungschef des bernischen Amtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (ABK), Markus Aeschlimann, über dieses Gesetz, vor allem aber um die Stellung der Frauen bei der Umsetzung der Vorlage.

Die Fachgruppe Frau und Sicherheitspolitik, welche vom Regierungsrat 1993 den Auftrag erhalten hatte, die Frauen in allen sicherheitspolitischen Bereichen besser zu informieren, hatte den Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmern deshalb die provokative Frage gestellt: «Ist das ALG nur Männersache?»

Dass dieses Thema in Anbetracht der diesjährigen Lawinensituation derart brisant werden könnte, hatten die Organisatorinnen nicht geahnt. Das ALG ist ein Rahmengesetz für die Zusammenarbeit mit Bund, Kantonen und Gemeinden. Es hat eine bessere gegenseitige Unterstützung und Zusammenarbeit zum Ziel. Die Podiumsdiskussion ergab, dass es sich um einen sehr modernen Erlass handelt, der die Feuertaufe der Umsetzung bestanden hat. Dabei ist es nicht wichtig, ob Männer oder Frauen die Arbeit übernehmen, wohl aber, dass sie von verantwortungsvollen Personen ausgeführt wird.

SIFRA-Präsidentin Kathrin Streit konnte rund 130 an sicherheitspolitischen Themen interessierte Frauen begrüssen. Diese gingen mit dem Podium einig: Wenn die Gefahr vorbei ist, ist die Krise noch nicht bewältigt. Insofern ist also ein Mitdenken und Mithandeln der Frauen in allen Bereichen zwingend nötig.

Die Zeit steht nicht still

Regierungsrätin Dora Andres, Polizeidirektorin des Kantons Bern, stellte an der Veranstaltung fest, die strukturellen und personellen Neuerungen der Konzepte «Armee und Zivilschutz» aus dem Jahre 1995 seien kaum eingeführt gewesen, habe der Bundesrat die «Kommission Brunner» geschaffen und sie beauftragt, einen Bericht über die sicherheitspolitischen Verhältnisse innerhalb und ausserhalb der Schweiz zu erstellen. In der Folge wurde das Projekt «Optimierung Zivilschutz» lanciert; auch der Bericht des Bundesrates für eine künftige Sicherheitspolitik der Schweiz mit dem Titel «Sicherheit durch Kooperation» liegt vor und ist in der Vernehmlassung.

In diese Periode des Umbruchs sind die Arbeiten an einem neuen kantonalbernischen Gesetz über ausserordentliche Lagen, ALG, gefallen. Ein wichtiger Aspekt des neuen Rahmengesetzes ist die Forderung, dass die Verantwortlichen in den Gemeinden, Bezirken und im Kanton zusammen mit den Partnern im sicherheitspolitischen Bereich, sich auf ausserordentliche Lagen vorzubereiten haben und die notwendigen Mittel zu deren Bewältigung bereitzustellen sind. Kooperation wird gross geschrieben. Alle, Männer und Frauen, sind gefordert, das Ihre beizutragen.

Informiert sein über das neue Gesetz ist notwendig. Wichtig ist auch, sich gegenseitig kennenzulernen; denn nur wer sich kennt, kann auch im Dienste der Sache optimal zusammenarbeiten. Gerade in ausserordentlichen Lagen kann ein solides Netzwerk, können gute Beziehungen für eine erfolgreiche Bewältigung ausschlaggebend sein.

Zivilschutzverband Emmental-Oberaargau (ZVEO)

Gleich zwei Anlässe im März

Der Zivilschutzverband Emmental-Oberaargau ist einer der bernischen Regionalverbände des schweizerischen Dachverbandes. Zwei völlig unterschiedliche Veranstaltungen des ZVEO im März dieses Jahres vermochten Mitglieder und Gäste gleichermassen anzuziehen.

CHRISTA ROTHEN

Am sogenannten «Casinorapport» in Bern, zu dem alle Chefs der Zivilschutzorganisationen (C ZSO) des Kantons Bern sowie Gemeinderäte und Feuerwehrkommandanten eingeladen wurden, informierten die Regierungsrätinnen Elisabeth Zölch und Dora Andres sowie Vertreter des Amtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (ABK) und der Feuerwehr die Anwesenden über die Optimierung des Zivil-

Vinc. Moracchi AG Oetlingerstrasse 156 4057 Base Tel. 061 / 692 57 27 Fax 061 / 692 58 28 VIMOBA-Zivilschutz-Normbau +



Unterhaltsarbeiten

schutzes und deren Umsetzung in den Gemeinden.

Diese Informationen wurden verschiedentlich aufgenommen. Vor allem war eine Verunsicherung bei den C ZSO spürbar. Diese Verunsicherung bewog den ZVEO, zu einem Runden Tisch über die Optimierung des Zivilschutzes einzuladen.

Der Runde Tisch war ein Erfolg, auch wenn immer noch eine gewisse Unsicherheit da ist. Wie können die ZSO im Kanton Bern nach mehr als 20 Jahren Aufbau und Ausbau nun in 2 bis 3 Jahren Abbau betreiben?

Einmal mehr wurde auch das ABK kritisiert. Mit dem neuen ALG (Gesetz über ausserordentliche Lagen im Kanton Bern) zieht sich der Kanton vollkommen aus der Verantwortung. Gewisse Vorschriften bestehen jedoch immer noch. An unserem Runden Tisch wurde deshalb einmal mehr verlangt, dass der Kanton klare Richtlinien herausgibt. Die jetzige Situation lässt den Gemeinden eine gewisse Narrenfreiheit. Sicher wurden in den Ämtern Arbeitsgruppen betreffend Optimierung Zivilschutz gebildet. Doch bis zu deren Umsetzung vergeht noch viel Zeit, in der die ZSO der Gemeinden auf sich gestellt sind.

Lösungen konnten an der ZVEO-Versammlung nicht angeboten werden, doch konnte Daniel Rudin vom ABK, C ZSO Urs Ammann aus Langenthal sowie Michael Flaig, hauptamtlicher Instruktor des Regionalen Kompetenzzentrums Aarwangen, einige Unsicherheiten ausräumen.

Wir alle müssen schliesslich am gleichen Strick ziehen. Denn nur gemeinsam sind wir stark.

Sicher shoppen?

Unter diesem Motto lud der ZVEO seine Mitglieder ebenfalls im März zu seinem letzten Anlass im Tätigkeitsprogramm 98/99 ein.

Das Shoppyland der Migros in Moosseedorf/Schönbühl ist an sechs Tagen in der Woche für rund 6000 Besucher pro Tag offen. Damit der Betrieb reibungslos ablaufen kann, braucht es ein Sicherheitskonzept. Lukas Bechtel, Kommandant der Betriebsfeuerwehr sowie Verantwortlicher für die Elektro- und Sicherheitsanlagen, führte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses Anlasses durch den Betrieb der Migros Aare.

Das ganze Sicherheitssystem ist in der Zentrale im Computersystem erfasst. Die Verantwortlichen sind mit Pager ausgerüstet und somit jederzeit erreichbar. Es ist ein 24-Stunden-Betrieb. Die Hauptzeit für den Betrieb beginnt bereits um 4 Uhr morgens, wenn die Lastwagen be- bzw. entladen werden. Die angelieferte Ware wird ebenfalls frühmorgens bereitgestellt, damit die Kundinnen und Kunden bei Ladenöffnungszeit frische Ware haben. Das Verteilcenter Shoppyland der Migros Aare ist einer der wenigen Betriebe, die einen eigenen Autobahnanschluss sowie Bahnanschluss haben. Dies bedingt natürlich eine enge Zusammenarbeit mit der Polizei. Nebst der eigenen Betriebsfeuerwehr (45 Mann) arbeitet man sehr eng mit der Feuerwehr Moosseedorf zusammen. Bei einer ausserordentlichen Lage (Katastrophe) ist der Betrieb der Migros Aare dem Gemeindeführungsstab (GFO) Moosseedorf unterstellt.

Diese Veranstaltung hat uns bestens gezeigt, dass eine Zusammenarbeit möglich ist.



Protection civile

De la belle ouvrage!

dm. La protection civile du secteur de La Molière s'attaque à trois objectifs: un escalier, une passerelle et un ruisseau. L'organisation et l'engagement de toute la troupe conduisent à un résultat qui comble de satisfaction les responsables.

Il faut bien l'avouer, j'avais ma petite idée sur la question. Un vendredi matin, sur le coup de onze heures et quart, faire la visite de plusieurs chantiers de la protection civile allait certainement me donner l'occasion de voir au moins une équipe savourant l'apéro. Erreur grossière! Pas la moindre ombre d'un flacon, ni même une quelconque trace de tire-bouchon. Rien! Néant! Des groupes au travail, en plein effort même, et ceci avec un résultat impeccable. Du beau travail, réalisé dans des délais extrêmement courts. En tout, deux journées, les 25 et 26 mars derniers.

Une quarantaine d'hommes étaient répartis sur trois objectifs. A Fétigny, ils ont réalisé un escalier de bois à travers la forêt qui borde les locatifs des Sapelettes. Aux Granges-de-Vesin, ils ont aménagé l'accès qui conduit à une passerelle métallique, juste à la hauteur du gué franchissant la Petite Glâne. Enfin, à Nuvilly, non loin de la

déchetterie, le lit du ruisseau a été nettoyé et les parpaings le bordant ont été remontés au treuil. Malgré l'humidité et l'inaccessibilité de ce site particulier, l'équipe n'a pas failli à sa tâche. Bertrand Lesquereux, responsable des opérations de protection civile du secteur La Molière, avait tout lieu d'être satisfait. Ses gars ont travaillé avec soin et rapidité. Responsable des organismes de PC au niveau cantonal, Jean-Paul Mauron a également apprécié la qualité et l'organisation des travaux. «Ils ont bien été préparés et avec une très bonne utilisation des capacités professionnelles de tous», a-t-il relevé.

Rajeunissement bénéfique

«Le rajeunissement et la diminution des effectifs a été une décision très bénéfique», a poursuivi M. Mauron. En vertu de la nouvelle organisation, moins d'hommes sont mobilisés à des tâches de protection civile. En temps de paix, l'effectif cantonal s'élève à 4300 hommes, un peu plus du double en temps de crise. Mais, désormais, le travail se fait plus efficacement, notamment en raison d'une meilleure prise en compte des aptitudes professionnelles de chacun.

Notre district compte quatre secteurs: Hirondelles (Estavayer et région), Belmont (Montagny), Chany (Domdidier) et La Molière. Ce dernier secteur compte une quinzaine de communes, allant en gros de Rueyres à Nuvilly. C'est justement lui qui était engagé ces jours passés. Les responsables se sont adressés aux autorités communales de la zone concernée pour proposer des interventions sur le terrain. Trois objectifs ont finalement été choisis. La protection civile ne facture pas ses heures, mais seulement les fournitures. C'est donc une excellente affaire pour les collectivités qui ont pu bénéficier d'un engagement remarquable des corps de protection civile locale.





OBWALDEN

Zivilschutz und Feuerwehr im gleichen Boot

Die Aufbauarbeit trägt Früchte

Seit rund vier Jahren führen im Kanton Obwalden der Zivilschutz und die Feuerwehr gemeinsame Übungen durch. In kleinen Schritten wurde diese Zusammenarbeit aufgebaut. Heute beginnt das Konzept zu greifen. «Wir kennen kein Konkurrenzdenken», sagte der Alpnacher Feuerwehrkommandant Hptm Kurt Gasser. Mit dem gemeinsamen Üben ist das Verständnis füreinander gewachsen. Feuerwehr und Zivilschutz ergänzen sich vorzüglich.

EDUARD REINMANN

Als «klein aber fein» und vor allem als sehr effizient lässt sich die Rettungsorganisation des Zivilschutzes im Kanton Obwalden einstufen. Ab Jahresanfang 1999 wurden die vormals 15 Rettungszüge im Kanton auf acht reduziert. Personell wurde aber jeder Rettungszug um 30 Prozent aufgestockt. Das hat seinen guten Grund. Denn wenn es einmal «brennt», müssen innert nützlicher Frist genügend Leute am Ort des Schadenereignisses sein. Aufgeboten wird mit dem SMT. Der Aufgebotsablauf erfolgt nach dem bewährten Schema. Alarmstelle ist die Einsatzzentrale der Kantonspolizei. Das Erstaufgebot geht alsdann an die Feuerwehr. Der Feuerwehrkommandant hat die Befugnis, das Pikett Rettungszug des Zivilschutzes aufzubieten. «Wir haben dieses Vorgehen nicht nur geübt, sondern bereits in mehreren Praxiseinsätzen durchgespielt», sagte der kantonale Ausbildungschef Ewald Degelo.

Eine weitere Möglichkeit ist der Einsatz des Piketts Führung/Alarmierung zur Führungsunterstützung.

Zusammenarbeit geregelt

Im Kanton Obwalden ist der Zivilschutz, wie auch andernorts, zweite Staffel. Wer sich an das Unwetterereignis von Sachseln erinnert, weiss, dass auf die angesprochene zweite Staffel oft sehr viel Arbeit wartet. Das kantonale Amt für Bevölkerungsschutz hat im Sinne einer vernünftigen Aufgabenteilung die möglichen Einsatzbereiche für den Rettungsdienst des Zivilschutzes aufgelistet.



Joe Müller, Chef Pikett Rettung Sarnen.



Das Pikett Rettung mit dem gesamten Fahrzeugpark.

Allgemeine Unterstützung
Allg. Instandstellungsarbeiten
– Notstege/Handsicherungen/
Brückenbau usw.
Beobachtungs- und Absperr-

Beobachtungs- und Absperrund Sicherungsaufgaben Personenbergung aus Schadenlagen (exkl. Brand) Verkehrsregelung Rettungen in ausgedehnten Schadenlagen

Wasserwehr

Errichten von Dämmen usw. mit Sandsäcken, Holz und anderem geeignetem Material Auspumpen von Kellern usw. mit Tauchpumpe/Kompr. ZS und/oder mit zivilen Schmutzwasserpumpen Grobreinigung von Gebäuden usw. Entfernen von umgestürzten Bäumen, Schwemmholz usw. Freilegen von Verkehrsund Transportwegen Freilegen von Abläufen, Brücken, Durchlässen usw.

Waldbrand

Errichten von behelfsmässigen Wasserbezugsorten für Motorspritzen (MS) Unterstützung bei Leitungserstellungen Brandbekämpfung mit MS Typ I, Eimerspritzen, Schaufeln, Besen usw.

Auch für das Pikett Führung/Alarmierung des Zivilschutzes sind die möglichen Aufgabenbereiche in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr genau aufgelistet. Es geht hier vor allem um die Unterstützung der Gemeinde-Führungs-Organisation (GFO). Das Pikett Führung/Alarmierung stellt die Alarmierung der Bevölkerung in Friedenszeiten sowie bei einem Aufgebot sicher. Stellt die Führungsunterstützung auf Stufe Gemeinde wie folgt sicher:

KP Front/KP Rück

- Beschaffen und Auswerten von Nachrichten – Nachrichten-/Lagekarte führen
- Lagebericht erstellen
- Erstellt Verbindungsdispositiv Funk/Draht
- Aufbau und Betrieb des Verbindungsnetzes
- Journal führen
- Mitteltabelle führen
- Grundlagebeschaffung für Pressebericht
- Unterstützt Presseverantwortlichen
- Betrieb Infrastruktur der beiden KP

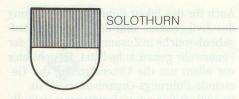
Top ausgerüstet

Eine Rettungsorganisation muss rasch eingreifen können, wenn Not am Mann ist. Im Kanton Obwalden ist jeder Rettungszug mit einer hervorragenden Ausrüstung ausgestattet. Und was vor allem wichtig ist: Alles Material ist bereits verladen und einsatzbereit. Das Pikett Rettung setzt sich vom Material her wie folgt zusammen: Kommandofahrzeug (Allrad) und Mannschaftsfahrzeug (Pinzgauer) mit eigens konstruiertem Materialanhänger für die Rettungsgruppe 1, die für den Ersteinsatz zur Verfügung steht. Hinzu kommen ein kleiner Pionieranhänger und ein Beleuchtungsanhänger.



Alle unter einem «Dach». Von links: Charly Pichler, DC Rettung; Urs Kessler, Chef ZSO Alpnach; der Alpnacher Feuerwehrkommandant Hptm Kurt Gasser; Ewald Degelo, kantonaler Ausbildungschef.





Der Solothurnische Zivilschutzverband tagte

Der Zivilschutz bleibt Standbein der Sicherheitspolitik

Deutliche Worte wurden an den Generalversammlungen der drei Solothurner Zivilschutzverbände gesprochen, die, wie seit Jahren gewohnt, am gleichen Tag und in der gleichen Region durchgeführt wurden. Dabei zielten die Voten von Ueli Bucher, Präsident des SOZSV, Willy Loretan, Zentralpräsident des Schweizerischen Zivilschutzverbandes (SZSV), und weiterer Referenten in dieselbe Richtung: Der Zivilschutz ist ein wichtiges Mittel der Gesamtverteidigung, mithin der Sicherheitspolitik, er ist gewillt, sich weiter zu reformieren, seine Effizienz zu steigern; er lässt sich aber nicht abqualifizieren.

MARK A. HERZIG

Der Solothurnische Zivilschutzverband (SOZSV) führte seine Generalversammlung in Lostorf durch, wo vorgängig auch die Zivilschutz-Instruktoren- und Kadervereinigung (SZIV) getagt hatte, während sich die Mitglieder des Verbandes Solothurnischer Chefs Zivilschutz und Stellenleiter/-innen (VSOC ZS + STL) in Schönenwerd trafen (siehe separaten Bericht). Überall waren die Lage auf dem Balkan, die laufenden Reformen und der Bericht «Feuerwehr 2000 plus» Hauptgesprächspunkte. Die statutarischen Geschäfte wickelten sich alle problemlos und zügig ab.

Der Zivilschutz leistet in aller Stille auf verschiedensten Gebieten wertvolle Arbeit mit Zehntausenden von Manntagen, sei das nun bei der Betreuung von Asylsuchenden oder bei der Beseitigung von Lawinenschäden usw., nur wird das kaum zur Kenntnis genommen.

Falsche Ansätze

Der Zuchwiler Gemeindepräsident Ueli Bucher, Präsident des Solothurnischen Kantonalverbandes SOZSV, verwies auf die unspektakuläre Arbeit des technisch wenig aufgerüsteten Zivilschutz, und brachte es auf den Punkt: «Eine zweckmässig eingerichtete Notunterkunft löst ebensowenig Staunen aus wie die Bundesordner einer perfekten ZUPLA. Nicht einmal durch gelegentliche Werbefahrten mit Zweiklanghorn kann er auf sich aufmerksam machen.»

Bescheidenheit sei heute aber nicht mehr gefragt, und wer dezent mit feinen Tönen arbeitet, werde überhört in der heutigen «Zeit der Pauken». Letzteres seien Strategien, Leitbilder, Konzepte usw. von Expertengruppen, welche aber fast immer vom falschen Ansatz ausgehen würden: «... das Ziel ist meist nicht die objektive Lagebeur-



Ueli Bucher, Gemeindepräsident von Zuchwil und Präsident des Solothurnischen Zivilschutzverbandes (SOZSV).

teilung, sondern die bestmögliche Darstellung des Status quo. Es geht meistens um Schadensbegrenzung und nicht um vorwärtsgerichtete Entwicklung.»

Im Sicherheitsbereich werde die Kernfrage, wie weit die Dienstleistungsangebote der öffentlichen Hand gehen sollen, kaum diskutiert, wohl aber Zuteilungs-, Machtund Finanzierungsfragen, betonte Bucher und sagte, das Schutzbedürfnis der Bevölkerung sei vermutlich höher, als die Politiker es glaubten.

Zweifelhafte Berichterstattung

In letzter Zeit seien verschiedene Berichterstattungen unangenehm aufgefallen. Dazu gehöre seines Erachtens auch der Bericht «Feuerwehr 2000 plus», sagte Ueli Bucher. Da sei bei einem reduzierten Bestand von etwa 110 000 in der Feuerwehr Eingeteilten die Rede, und dass dabei gesamtschweizerisch für die Instandstellungsformationen 4000 bis 6000 reichten. Dabei wurden diese Formationen mit dem Zivilschutz gleichgesetzt.

Damit kam Bucher auf die unsinnigen Bestandesdiskussionen zu sprechen und darauf, dass eine Organisation die ihr zugewiesene Aufgabe zu erfüllen und nicht nach Gutdünken zu interpretieren habe; dies solange, bis der Leistungsbesteller – also die Politik via die zuständigen Behörden – diesen Auftrag ändere. Die vom Bericht erwähnten 110 000 Feuerwehrleute ergäben umgerechnet auf «seine Zuchwiler Feuerwehr» eine Aufstockung von 69 auf 141 Personen. Damit führte Bucher solche Diskussionen ad absurdum und be-



Sie hörten aufmerksam den Botschaften der Zivilschutzexponenten zu: Kantonsratspräsidentin Bea Heim, Nationalrätin Ruth Grossenbacher und Regierungsrat Thomas Wallner.

FOTOS: M. A. HI

merkte: «Solange die Hilfeleistung bei bewaffneten Konflikten als eine Aufgabe des Zivilschutzes definiert ist, solange ist diese Organisation in Friedenszeiten überdimensioniert.»

Bucher bestritt keinesfalls die im Bericht häufig erwähnte hohe Effizienz der Feuerwehr; die latenten Vorwürfe an die Partner seien aber unfair. Auch die Feuerwehrleute würden zu artfremden Dienstleistungen herbeigezogen und somit bestens ausgebildete Spezialisten mit minderwertigen Aufgaben betraut, sagte Bucher. Und, zusammenfassend: «Der Bericht ist, soweit er sich mit der Feuerwehr befasst, eine gute Diskussionsbasis. Soweit er aber die Arbeit der Partnerorganisationen bewertet, ist er teilweise dilettantisch recherchiert und absolut einseitig auf die Interessen von einigen wenigen Feuerwehrgenerälen fixiert.»

Das neue «Gebilde Bevölkerungsschutz»

SZSV-Zentralpräsident Willy Loretan umschrieb in einer persönlichen Interpretation die generelle Stossrichtung des neuen, alle Schutz-, Rettungs- und Wehrdienste überwölbenden Bevölkerungsschutzes so, «dass es um eine Vernetzung der vorhandenen Hilfs- und Sicherheitsorganisationen geht, ohne Überschneidungen und Doppelspurigkeiten. In diesem Rahmen muss der heutige Zivilschutz zur bedarfsgerechten, das heisst zu einer auf die zum

Teil neuartigen Gefahren und Risiken ausgerichteten Organisation werden, ohne dass seine bisherigen Leistungen, Fähigkeiten und die erreichten Standards (in Organisation, Bauten, Ausrüstung und Ausbildung) ... wie ein paar alte Schuhe weggeworfen werden. Im Gerangel um die Aufgabenzuteilung blicken wir in die Zukunft - es geht nicht um die Verteidigung von zur eigenen Ehre erbauten Denkmälern oder von Friedhöfen. Andererseits aber lassen wir uns auch nicht abqualifizieren.» Damit nahm Loretan direkt Stellung zur Berichterstattung über «Feuerwehr 2000 plus», der in der (Boulevard-) Presse als Frontalangriff gegen den Zivilschutz apostrophiert worden war.

Willy Loretan betonte auch, dass der Umbruch in unserer Sicherheitspolitik und im Bevölkerungsschutz die Verbandslandschaft nicht unberührt lassen werde. Bei dieser Neugestaltung beanspruche der Zivilschutzverband die ihm angemessene Leadership, nicht gegen, sondern mit den anderen Verbänden: Gemeinsam sind wir stärker!

Für ein zügiges Miteinander hin zum neuen Bevölkerungsschutz – als Auftrag von Volk, Parlament und Regierung – votieren auch die derzeit höchste Solothurnerin, Kantonsratspräsidentin Bea Heim, sowie Regierungsrat Thomas Wallner. Dieser betonte, in Anspielung auf Vorkommnisse des vergangenen Jahres, dass die einschlägige Gesetzgebung nach wie vor in Kraft und ihr deshalb nachzuleben sei.

Chefs Zivilschutz und Stellenleiter tagten in Schönenwerd

Den neuen Aufgaben gerecht werden

mhs. Der Verband Solothurnischer Chefs Zivilschutz und Stellenleiter/-innen (VSOC ZS+STL) hielt seine Generalversammlung in Schönenwerd ab. Er konnte sich im statutarischen Teil kurz fassen, hatte er sich doch erst im Dezember vergangenen Jahres an einer a. o. GV den Stellenleiterinnen und -leitern geöffnet und umbenannt (vgl. Bericht in «Zivilschutz» 1-2/99).

Präsident Rolf Gunziger verwies auf die Probleme, die das vergangene Jahr gerade den Chefs der Zivilschutzorganisationen (ZSO) gebracht hat: «Das Ändern der veränderten Änderungen der mehrfach modifizierten Revisionen», wie Ulrich Bucher leicht satirisch formulierte, sorgen für Verunsicherung. Das ging soweit, dass eine Gemeindeführung im Kanton den Zivilschutz bis unter das bundesrechtlich vorgesehene Minimum «abschlanken» wollte, was weit herum auch nicht gerade für Ruhe sorgte.

Zivilschutz, quo vadis?

«Wohin geht unser Zivilschutz?» fragte Gunziger deshalb. Eine weitere Aufgabe



OM Computer Support AG

Mattenrain 17 6312 E Mail: info@omcomputer.ch

6312 Steinhausen

Homepage: www.omcomputer.ch

Telefax 041 748 30 55

250 Installationen von "ZS-PC für Windows®" sprechen für sich!!

"ZS-PC für Windows[®]" deckt alle verwaltungstechnischen Anforderungen in Ihrer Organisation ab. Einfache Bedienung und schnelle Verarbeitung durch Windows[®] ermöglicht Ihnen eine optimale Zusammenarbeit mit vorhandenen Office-Programmen.

Fordern Sie <u>kostenlos</u> unsere ausführlichen Dokumentationen an oder <u>vereinbaren Sie</u> noch heute eine unverbindliche Vorführung unserer Systeme für die öffentliche Sicherheit!

Vorschau: Gemeinde 99 in Bern - besuchen Sie uns!!

Windows® ist ein eingetragenes Warenzeichen der Microsoft Corporation.



sieht er, wie das in anderen Kantonen schon der Fall sei, mit der Betreuung von Asylsuchenden auf die ZSO zukommen. Das sei eine grosse und für viele nicht so ohne weiteres zu lösende Aufgabe, denn nicht jede ZSO verfüge über die entsprechenden Mittel und Partner, mit denen zusammengearbeitet, etwas gelernt werden könne. Der Präsident ortete hier auf Kantonsebene Nachholbedarf in Sachen Ausbildung.

Der Vorsteher des Amtes für Militär und Zivilschutz, Willy Wyss, wird dies sehr wohl gehört haben – er hat ein offenes Ohr. Vorerst aber wollte er die Bedeutung des Berichtes «Feuerwehr 2000 plus» etwas relativieren und stufte ihn als politisches Leichtgewicht ein. Es scheine fast, als ob die Feuerwehr meine, alles zu können (z. B. Übernahme des Kulturgüterschutzes!). Von der Übernahme der Mehrkosten, durch Halb- und Vollprofis, höre man nichts. Alle wollten etwas vom Zivilschutz, führte er Gunzigers Aussage «Wer gibt, dem wird genommen» weiter. Der Bericht, der so viel Unruhe ausgelöst habe, sei wohl für die Feuerwehr, aber nicht für den Zivilschutz und schon gar nicht für den zu

schaffenden Bevölkerungsschutz tauglich. Der Zivilschutz werde wohl noch etwas verkleinert, das sah man im Kreis des VSOC ZS+STL allgemein so, aber nicht ausgelöst durch den ominösen Bericht. Man wolle keine Kämpfe, aber faire, effiziente Lösungen, war der Grundtenor. Im übrigen wollen die Chefs ZSO und die Stellenleiterinnen und Stellenleiter das kommende Jahr im Rahmen des verflossenen gestalten: Weiterbildung, mit einem gewissen Schwergewicht auf Information-Kommunikation und Betreuungsdienst im



THURGAU

Mitgliederversammlung des Zivilschutzverbandes Thurgau in Weinfelden

Elmar Bissegger folgt auf Bruno Lüscher

Wechsel beim Zivilschutzverband Thurgau: Nach 6jähriger Amtszeit übergab der Aadorfer Gemeindeammann Bruno Lüscher das Präsidium dem bisherigen Vizepräsidenten und Matzinger Gemeindeammann Elmar Bissegger. Neu in den Vorstand wählte die Versammlung Zivilschutzstellenleiterin Beatrice Widmer-Balmer, Müllheim, und Gemeinderat Andreas Anderegg, Gachnang. Nach dem geschäftlichen Teil sprach Regierungsrat Philipp Stähelin, der zusammen mit Regierungsrat Roland Eberle der Versammlung beiwohnte, aus aktuellem Anlass zum Thema «Asyl und Zivilschutz» und prognostizierte dabei, dass der Thurgau in den kommenden Monaten mit der Aufnahme von 2500 weiteren Asylsuchenden rechnen müsse.

terhalten und betreut werden und genügend motivierte Führungskräfte bereitstehen müssen, um im Milizsystem ein hohes Mass an Verantwortung zu übernehmen. Schutzdienstpflichtig heisse nicht gebrechlich, krank und alt zu sein, sondern bedeute vielmehr die Übernahme einer Aufgabe im Dienste der Gemeinde und somit im Dienste des engsten persönlichen Umfeldes jedes einzelnen, betonte der scheidende Verbandspräsident.

dafür, dass die Vorsorgeeinrichtungen un-

Neu- und Bestätigungswahlen

Lüschers Jahresbericht wurde zusammen mit der von Kassier Alfred Pirotta vorgelegten Jahresrechnung und dem Budget 1999 einstimmig gutgeheissen. Während im Rahmen der Wahlgeschäfte für eine weitere Amtsdauer von vier Jahren die bisherigen Vorstandsmitglieder Alessio Beneduce, Tägerwilen, Alfred Jung, Bischofszell, Peter Künzli, Schönholzerswilen, und Willi Schoch, Weinfelden, einhellig bestätigt wurden, wählte man, ebenfalls einstimmig, den bisherigen Vizepräsidenten Elmar Bissegger zum neuen Verbandspräsidenten, Beatrice Widmer-Balmer, Müllheim, als neue Kassierin und Andreas Anderegg, Gachnang, als neues Vorstandsmitglied. Hauptthema des Tätigkeitsprogramms ist die Ausarbeitung eines Konzeptes für den Sicherheitstag 2000, dies in Zusammenarbeit mit den Partnerverbänden und unter dem Motto «Sicherheit sichtbar machen». Dank und Anerkennung durften Präsident Bruno Lüscher (6 Amtsjahre), Kassier Alfred Pirotta (12 Amtsjahre) und die beiden Rechnungsrevisoren Ernst Graf (21 Amtsjahre) und Heinz Bommer (11 Amtsjahre) entgegennehmen.

Ausserordentliche Lage für den Bund

weitesten Sinn.

«Es gilt, sich auf eine ausserordentliche Lage jeder Art vorzubereiten», erklärte Regierungsrat Philipp Stähelin einleitend zu seinen Ausführungen. Diese widerspiegelten die Überlegungen der Thurgauer Regierung bezüglich der Betreuung und Unterbringung von Ausländern in aussergewöhnlichen Lagen. Als Hauptfigur der schweizerischen Asylpolitik nannte Stähelin primär den Bund. Die gesamte Asylgesetzgebung fällt aber den Kantonen zu, und am Ende der Kette stehen die Gemeinden, welche für die Unterbringungs- und Betreuungsarbeit zuständig sind. Mit Blick auf die öffentliche Meinung stellte Stähelin fest, dass man einerseits bereit sei, in Not geratenen Menschen grossmütig zu helfen, andererseits Missbräuche mit geeigneten Mitteln bekämpft werden müssten. Seit der Schaffung des Konzeptes vor acht Jahren musste im Kanton Thurgau noch nie auf die Situation einer ausserordentlichen Lage zurückgegriffen werden.

Klar trennte Stähelin die Begriffe ordent-

WERNER LENZIN

In seinem letzten Jahresbericht weist der scheidende Präsident des Zivilschutzverbandes, Bruno Lüscher, darauf hin, dass im Zusammenhang mit dem Konflikt auf dem Balkan viele Fragen offenstünden. «All den Kräften, die glaubten, auf einen optimierten Zivilschutz verzichten zu können, ist eine klare Absage zu erteilen», erklärte Bruno Lüscher und appellierte

Gemeindeammann Elmar Bissegger (links) übernimmt von Bruno Lüscher das Präsidium des Zivilschutzverbandes Thurgau.



FOTO: W. LENZIN

liche und ausserordentliche Lage und stellte in der Folge drei gesamtschweizerische Szenarien vor: ordentliche Lage (weniger als 3500 Asylsuchende monatlich), ausserordentliche Lage (zwischen 3500 und 6000 Asylsuchende), Notrecht (über 10000 Asylsuchende). Die aktuelle Lage zeigt, das dieses Jahr ab dem 20. April eine Zustromprognose von 60000 Gesuchen zu erwarten ist. Der Zustrom seit Anfang Jahr bis zum 20. April betrug gesamtschweizerischen 13845, wovon 60 Prozent Kosovo-Albaner waren. Somit befindet sich der Bund bereits in einer ausserordentlichen Lage.

Der Thurgau erhielt bis zum 20. April vom Bundesamt für Flüchtlingswesen 351 Asylsuchende zugewiesen. Seit sechs Monaten muss der Thurgau mit einer Überbelegung von 130 bis 150 Prozent umgehen, wobei man – so Stähelin – hofft, dass mit einer deutlichen Entlastung gerechnet werden kann, sobald die Hero-Baracke in Frauenfeld bezugsbereit ist. Mit einer Aufnahme von 0,93 Prozent (Anteil der Wohnbevölkerung) kommt der Thurgau der Grenze von 1 Prozent laufend näher.

Neue Flüchtlingswelle ist zu erwarten

Im Frühsommer erwartet Stähelin das Überschreiten dieses 1-Prozent-Anteils, und es ist damit zu rechnen, dass der Regierungsrat diesen Anteil neu festlegen wird. Als Folge der Kosovo-Krise steht die Schweiz voraussichtlich vor einer neuen Flüchtlingswelle. Deutliche Gründe dafür ist die Tatsache, dass in der Schweiz bereits 150000 Kosovo-Albaner als Gastarbeiter leben, die ihre Freunde und Verwandten aufnehmen werden, aber auch die Attraktivität der Schweiz durch ihre Isolierung, der hohe Leistungsstandard, der Fürsorgestandard und das Gesundheitssystem. Gemäss Stähelin muss der Thurgau in naher Zukunft mit der Aufnahme von weiteren 2500 Flüchtlingen rechnen, was einer Zuweisungsquote von 2,5 Prozent entsprechen würde. Wo aber stehen zusätzliche Unterkunftsreserven und Gebäude zur Verfügung? Die Unterbringung in vorbereiteten Zivilschutzanlagen wäre für Stähelin eine rasch zu realisierende Möglichkeit, allerdings nicht für längere Zeit. Für ihn wird der Kanton Thurgau mit grosser Wahrscheinlichkeit im kommenden Sommer in eine ausserordentliche Lage hineingeraten. Diese mittelfristige Lage wird gemäss Stähelins Prognose auf längere Dauer als angespannt erhalten bleiben und ist nur mit der engen Zusammenarbeit zwischen Kanton, Zivilschutzorganisationen und Gemeinden zu bewältigen.



15. GV der Zürcher ZSO-Chefs in Uitikon-Waldegg

Der Zivilschutz und seine Zukunft

Kurz vor den Osterfeiertagen lud der Zürcher Kantonalverband der Chefs ZSO (Zivilschutzorganisation) nach Uitikon zur 15. Generalversammlung. Dabei interessierte nur ein Thema.

MARCO HIRT

«Wer nicht dabei war, hat etwas verpasst», meinte Bruno Herrmann, als der gemütliche Teil der 15. Generalversammlung des Zürcher Kantonalverbandes der Chefs ZSO bereits am Ausklingen war. Der Verbandspräsident wollte sich damit nicht selbst für den gelungenen Anlass loben, sondern zielte damit auf das zahlreiche Nichterscheinen ab: Von den 270 Mitgliedern mögen es nur um die 30 - abzüglich der Gäste - gewesen sein, die der Einladung gefolgt sind. Diese kamen aber im Restaurant Dörfli im Üdiker-Haus in Uitikon, wie von Bruno Herrmann richtig bemerkt, ohne Zweifel auf ihre Rechnung. Und das ganz abgesehen vom offerierten, ausgezeichneten Gourmet-Menü.

«Abspecken, ohne Muskeln zu verlieren»

Aussergewöhnliches hielt die Traktandenliste zwar nicht bereit - abgesehen von der Ehrenmitgliedschaftsernennung der verdienten «Zivilschützer» Kurt Balsiger und Jürg Hungerbühler. So konnte um so schneller zum eigentlichen Thema der Generalversammlung übergeleitet werden, das seit längerem zum Dauerbrenner nicht nur in Zivilschutzkreisen geworden ist: Wie sieht die Zukunft des oft diskutierten, in Frage gestellten Zivilschutzes aus? In ihren Grussadressen vermochten die Gäste Kurt Schellenberg, Zürcher Kantonsratspräsident, sowie Anton Melliger, Chef des Kantonalen Zivilschutzamtes, jedenfalls aufmunternde, zuversichtliche Worte

«Wie Europa in zehn Jahren aussehen wird, kann heute niemand voraussagen», erklärte Schellenberg. «Sicher ist aber, dass weder Krisen noch Gefahren aus der Welt geschaffen sein werden.» So seien zwar Doppelspurigkeiten finanzieller wie personeller Art heute nicht mehr tragbar. Doch brauche es den Zivil- bzw. Bevölkerungsschutz, um auch in Zukunft einsatzbereit zu sein. «Wie auch die Reformschritte ausfallen mögen», doppelte Melliger nach, «das bestehende Wissen darf der Durststrecke jetzt nicht zum Opfer fallen.» Abspecken, ohne dabei die Muskeln zu verlieren, so formulierte er es bereits bei anderer Gelegenheit.

Zivilschutz-Zukunft: ja, aber anders

Auf die Frage «Hat der Zivilschutz noch eine Zukunft?» - so der Titel des anschliessenden Referats - hatte dann Juan F. Gut, Generalsekretär des Eidg. Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), eine Antwort zu finden. Mit einem «Ja!» konnte er sie beantworten. fügte jedoch hinzu: «Aber in veränderter Zusammensetzung.» Da der Spardruck auch die Armee nicht verschone, kleinere Bestände die Folge seien, werde dem Bevölkerungsschutz wieder eine grössere Bedeutung beigemessen werden, so Gut. Der Zeitplan für die Reformen sehe vor. dass die neuen Leitbilder etwa im Jahr 2001 feststehen werden und zwei Jahre später zur Umsetzung kommen sollen. Wichtig für die Planung neuer Strukturen seien die politischen Leitlinien, stellte Gut fest. So spielen folgende Kriterien eine Rolle: mehr Kooperation zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden, Neugewichtung der Armeeaufträge und Umverteilung von Aufgaben Richtung Bevölkerungsschutz sowie Festhalten am Milizsystem mit neuem Modell. «Die Investitionen der vergangenen Jahrzehnte in den Zivilschutz dürfen jetzt aber nicht aufs Spiel gesetzt werden. So müssen Schutzräume auch weiterhin gepflegt werden.»

Da innere Sicherheit ihren Preis haben wird – und der Bevölkerungsschutz womöglich Sache des Kantons sein wird -, sei es aber für unser Land sehr wichtig, an der Lösung von Konflikten in Krisengebieten mitzuarbeiten. Gut: «Denn trotz unserer Neutralität haben wir einen Handlungsspielraum, den es auszunützen gilt, um mitzuhelfen, dass Konflikte an Ort und Stelle gelöst werden können und nicht auf umliegende Länder übergreifen.» Nicht nur er dachte wohl in diesem Moment an den Flüchtlingsstrom im Balkan, den angrenzende Länder kaum meistern können - und von dem auch wir nicht verschont bleiben werden.